

Feuerwehrynachwuchs: „Handeln statt reden ist gefragt – auf allen Ebenen“

Bezirksfeuerwehrchef Dieter Schlegl fordert die Zukunftssicherung der Hilfsorganisation

Von Stefan Rammer

Passau. „Wir müssen bei den jungen Leuten das Bewusstsein schaffen, dass es mehr gibt als X-Box oder Internet“, sagt Dieter Schlegl. Der Passauer ist Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Niederbayern. Und in dieser Funktion treibt ihn eine große Sorge um. Können die Feuerwehren ihren hohen Rettungsstandard und vor allem den nötigen Personalstand erhalten und so die tragende Säule in der Gefahrenabwehr und im Dienst am Nächsten bleiben?



Wasser marsch, heißt es für die Nachwuchskräfte der Jugendfeuerwehr Haarschedl/Passau. – Foto: Hehl

Alle zwei Minuten im Einsatz

Im Durchschnitt wird in Bayern alle zwei Minuten eine Feuerwehr zur Hilfe gerufen. Dazu sind viele engagierte Menschen notwendig. Menschen, die sich entschlossen haben, bereits vor dem Eintreten eines Schadensfalles oder einer Katastrophe bereit zu sein. Bereit, sich ehrenamtlich auszubilden und zu helfen. Menschen, die im Jahresdurchschnitt allein bei technischen Hilfeleistungen auf Bayerns Straßen über 9 900 Personen gerettet haben.

Derzeit leisten in Bayern über 335 000 Feuerwehrler Dienst in den Freiwilligen, den Berufsfeuerwehren sowie den Werks- und Betriebsfeuerwehren. Allein in Niederbayern sind es über 1 040 Freiwillige Feuerwehren mit 49 500 Aktiven zwischen 18 und 63 Jahren und rund 7000 Jugendlichen von 12 bis 18 Jahren. „Noch“, betont Schlegl, der einen sorgenvollen Blick auf die demografische Entwicklung wirft.

Laut Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung wird die Einwohnerzahl Bayerns von heute 12,6 Millionen bis 2050 auf 11,3 Millionen sinken. Die Altersschichten werden sich verschieben. Durch ein Nord-Süd-Gefälle wird in einigen Landesteilen der Bevölkerungsrückgang schon viel früher spürbar sein. Schlegl schaut voraus ins Jahr 2040, wenn die im Jahr 2000 Geborenen 40 Jahre alt sind und die Feuerwehren um deren Kinder werben. „Die Frage ist“, so Schlegl, „sollten wir auf die Selbststeuerungskräfte der Gesellschaft vertrauen – oder wollen wir versuchen, Weichen neu zu stellen und Anreize für den ehrenamtlichen Dienst in der Feuerwehr schaffen.“ Schlegl spricht sich für Letzteres aus und argumentiert mit Zahlen. 1960 gab es 172 000 Geburten, 1990 136 000. Die 2009 geborenen 103 000 Kinder wären das Potenzial für die Jugendfeuerwehr ab 2021. Was für den Bezirksfeuerwehrchef noch bedenklicher ist: Die Zahl der unter 20-jährigen Einwohner, die 1970 noch bei rund 3,1 Mio. Menschen lag und derzeit bei 2,5

Mio. steht, wird bis 2050 auf rund 1,7 Mio. fallen. „Wenn wir jetzt versuchen, die Weichen für die Zukunft zu stellen, können wir noch agieren, später werden wir nur noch reagieren können.“

Derzeit werde einiges von den Feuerwehren getan, um die personelle Zukunft zu sichern. Das aber könne nicht der alleinige Weg sein, auch die im Herbst 2011 angelaufene Imagekampagne des Landesfeuerwehrverbandes sei nur als ein Baustein zu betrachten.

Mehr Unterstützung durch die Politik

Wesentlich ist für Schlegl: „Dem ehrenamtlichen Engagement in den Feuerwehren müsste viel bessere Unterstützung und Anerkennung zuteil werden. Diese Anerkennung wird halt oft nur bei Festansprachen oder bei Feuerwehrjubiläen mündlich ausgesprochen. Aber wo bleibt die wirklich spürbare Umsetzung?“ Deshalb fordert Schlegl eine dauerhafte Sicherung einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung

des Hilfeleistungssystems:

- ◆ neuzzeitliche, an das Ehrenamt angepasste Ausbildungszeiten und Methoden, einschließlich der Schaffung und Besetzung einer ausreichenden Zahl von Stellen für Lehrkräfte an Staatlichen Feuerweherschulen und eines ausreichenden Lehrangebots,
- ◆ technische Ausrüstung, die Einsätze mit weniger Personal ermöglicht,
- ◆ eine Entlastung des Ehrenamtes durch Verlagerung fachfremder Aufgaben und Vermeidung unnötiger Einsätze bis hin zu regelrechten „Hausmeisterdiensten“,
- ◆ die kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel,
- ◆ finanzielle Zuwendungen für Kinderbetreuungskosten, wie etwa zu den Kindergartengebühren,
- ◆ ermäßigten oder freien Eintritt in öffentliche Einrichtungen,
- ◆ Vergünstigungen z. B. bei VHS-Kursen, Fitness-Studios usw.,
- ◆ Freiplätze im Feuerwehrheim für 40-jährige aktive Dienstzeit,
- ◆ Anrechnung von Rentenzeiten usw.

Der eindringliche Appell Dieter Schlegls lautet: „Nur wenn sich alle – die politisch Verantwortlichen, die Verwaltung, die Verbände, die Feuerwehren, aber im Besonderen auch die Gesellschaft – diese Entwicklung bewusst machen und auch endlich ernst nehmen, indem alle gemeinsam anpacken, brauchen wir uns nicht von der nächsten Generation vorwerfen zu lassen, wir hätten es alle gewusst, aber nichts unternommen. Handeln statt reden ist gefragt, und das auf allen Ebenen!“